

Titelseite

## Jung in der Defensive

### Opposition greift Verteidigungsminister wegen Luftangriff in Afghanistan an

BARBARA GILLMANN | BERLIN Der Streit über die von deutschen Truppen angeordneten Luftangriffe der Nato in Afghanistan hat den Bundestagswahlkampf erreicht. Weil möglicherweise unter den Opfern auch Zivilisten sind, steigt vor allem der Druck auf Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU). Die Opposition fordert eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und eine Sonderaussprache im Bundestag. Auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten (SPD), warf Jung vor, Informationen zurückzuhalten. Er erwecke den Eindruck, es werde "etwas vertuscht", sagte sie der "Saarbrücker Zeitung".

Die Angaben über die Zahl der Opfer schwanken: Die Bundesregierung spricht von etwas mehr als 50 Toten, Presseberichte von bis zu 125. Doch klar ist: Erstmals sind deutsche Soldaten in Afghanistan für einen Einsatz mit so vielen Opfern verantwortlich. Der Verteidigungsminister blieb bei seiner Darstellung, dass bei dem Nato-Luftangriff auf Taliban, die zwei Tanklastzüge der deutschen Truppen gekapert hatten, ausschließlich Rebellen getötet worden seien. Der Nato-Kommandeur in Afghanistan, Stanley McChrystal, hingegen sagte nach einem Besuch vor Ort, es habe auch zivile Opfer gegeben.

Die Grünen warfen Angela Merkel und Jung vor, sich immer mehr in Widersprüche zu verwickeln. Die Kanzlerin müsse die Verantwortung übernehmen, forderte Spitzenkandidat Jürgen Trittin. Es könne ihr nicht gleichgültig sein, wenn Deutschland in der EU isoliert werde. Die EU-Außenminister hatten die Vorgänge bei einem Treffen in Stockholm als "Tragödie" bezeichnet. "Mit der Anordnung der Bombardierung wurde ausgerechnet von der Merkel-Regierung der eingeleitete Strategiewechsel der USA zum Schutz der Zivilbevölkerung konterkariert", kritisierte Trittin.

Der FDP-Verteidigungsexperte Jürgen Koppelin verlangte eine ehrliche Debatte über den Afghanistan-Einsatz. Es handele sich um einen Krieg. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi kritisierte die deutsche Informationspolitik und warf Bundeswehr und Verteidigungsministerium Verschleierung vor. Andere Linke fordern Ermittlungen gegen den deutschen Kommandeur wegen Mordes.